

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Konkrete Massnahmen festlegen und auch umsetzen

FBP-Landesausschuss beschäftigte sich an seiner zweiten Klausurtagung mit einem Aktionsprogramm für unsere Umwelt

An seiner zweiten Klausurtagung befasste sich der FBP-Landesausschuss am Montag abend einerseits mit den Ergebnissen der ersten Tagung über «Hilfe für die Schwächeren in unserer Gesellschaft – Fragen zur Gesundheits- und Sozialpolitik», auf der anderen Seite stand als Schwerpunkt ein Aktionsprogramm für den Umweltschutz zur Diskussion. In einer weiteren Sitzung sollen die Ergebnisse nochmals eingehend diskutiert und verabschiedet werden.

FBP-Präsident Emanuel Vogt legte gleich zu Beginn die Marschrichtung für die Klausurtagungen fest, indem er darauf hinwies, dass nicht nur diskutiert werden sollte, sondern dass auch konkrete Ergebnisse festzulegen seien, die dann in die Tat – in politische Postulate und parlamentarische Vorstösse – umgesetzt werden müssten. Nach seiner Auffassung muss im Bereich der Umwelt das Bewusstsein des Einzelnen für die Belange der Erhaltung unserer Natur gestärkt werden. Ebenso notwendig ist jedoch auch, wie der FBP-Präsident weiter erklärte, dass die öffentlichen Gremien klare Zeichen setzen, Massnahmen vorschlagen und dann auch durchsetzen.

Alles auf Umweltverträglichkeit überprüfen

In einer ersten grundsätzlichen Stellungnahme forderte Emmi Sprenger in einem Kurzreferat dazu auf, alles Handeln auf die Umweltverträglichkeit zu überprüfen, angefangen bei alltäglichen Vorrichtungen bis zur Abfallverwertung oder den Schadstoffausstoss bei den Autos. Im weiteren gab sie zu bedenken, dass heute nicht mehr lineares Denken, sondern vernetztes Denken notwendig sei, um den Herausforderungen des Umweltschutzes begegnen zu können. Schliesslich gab sie zu bedenken, dass die Aussenwelt nur durch eine Änderung der Innenwelt jedes Einzelnen geändert werden könne.

Aktionsprogramm für die Umwelt

Bevor der Landesausschuss auf die einzelnen Aspekte eines Aktionsprogramms für unsere Umwelt einging, erläuterte FBP-Fraktionssprecher einige parlamentarische Vorstösse, die von der FBP-Fraktion in den letzten Jahren unternommen wurden, zu denen jedoch noch die Antwort der Regierung ausstehe. Zu diesen Vorstössen gehört das Postulat über die Prüfung der Möglichkeiten für steuerliche Anreize und Entlastungen zur Unterstützung von Umweltinvestitionen, aber auch die Forderung nach Überprüfung und Anpassung des Energiekonzeptes sowie das Postulat über den Lärmschutz und die Sicherung gefährlicher Stoffe. Ausstehend ist auch noch das Postulat über die Erstellung eines landwirtschaftlichen Leitbildes.

Das Aktionsprogramm, das zum Teil bereits verabschiedet werden konnte,



Der FBP-Landesausschuss befasste sich am Montag abend im Rahmen einer Klausurtagung mit den Problemen des Umweltschutzes und diskutierte ein Aktionsprogramm für den Umweltschutz. Am Vorstandssitzung FBP-Präsident Emanuel Vogt (Mitte) sowie FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann (links) und Regierungsrat Wilfried Büchel. Der FBP-Landesausschuss wird sich nochmals in einer Tagung mit den Leitlinien der künftigen Umweltpolitik befassen. (Bild: Brigitt Risch)

umfasst den allgemeinen Umweltschutz und die Umwelterziehung, den Gewässerschutz und die Luftreinhaltung, den Boden und die Landwirtschaft, den Natur- und Umweltschutz.

Umweltartikel in die Verfassung?

Fünf Referenten legten anschliessend eine Reihe von Leitlinien vor, die vom Landesausschuss eingehend diskutiert wurden. FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erläuterte die Forderungen für den allgemeinen Umweltschutz, während Egon Hilbe über den Schutz des Trinkwassers und der Gewässer, Günther Wanger über Massnahmen zur Luftreinhaltung, Julius Ospelt über umweltge-

rechte Landwirtschaft und Dr. Felix Nächer über den Landschaftsschutz sprachen. Den allgemeinen Erläuterungen folgten konkrete Forderungen, die der Landesausschuss dem Landtag als Empfehlung für die Umsetzung in parlamentarische Vorstösse mitgab. So wurde unter anderem eingehend die Frage diskutiert, ob der Umweltschutz als lebenswichtige Aufgabe des Staates in der Verfassung verankert werden sollte. Nicht alle Diskussionssteilnehmer sprachen sich dafür aus, weil sie befürchteten, dass der Verfassungsartikel an sich noch nichts für die Umwelt bewirke, doch sprach sich der Landesausschuss schliesslich mehrheitlich für eine Empfehlung an die FBP-Land-

tagsfraktion aus, einen diesbezüglichen Vorstoss zu unternehmen.

Weitere Klausurtagung notwendig

Die oft bis ins Detail reichenden Diskussionen machten es unmöglich, dass das ganze Aktionsprogramm am gleichen Abend besprochen und die Leitlinien verabschiedet werden konnten. Deshalb wird sich der FBP-Landesausschuss nochmals zu einer Sitzung vor der Sommerpause treffen, um den zweiten Teil ebenfalls durchzubearbeiten. Bis dahin sollen auch die für den Sozialbereich bereinigten Leitlinien vorliegen, die von einer Kommission nochmals überarbeitet werden.

Krise in den Beziehungen Wien und Washington

Regierung weist Anschuldigungen gegen Waldheim zurück – Bundespräsident «bedauert» amerikanische Einreiseperrre – Österreich tief getroffen

Wien (AP) Die von den amerikanischen Behörden gegen den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim verhängte De-facto-Einreiseperrre in die USA im Zusammenhang mit dessen Tätigkeit im Zweiten Weltkrieg hat in Österreich tiefe Bestürzung ausgelöst und zu einer schweren Belastung der Beziehungen zwischen beiden Ländern geführt. Die österreichische Regierung bezeichnete nach einer Kabinetsitzung am Dienstag in Wien die Anschuldigungen als «unbewiesen». Die Regierung sei «bestürzt» und weise die Vorwürfe gegen das Staatsoberhaupt zurück.

Das amerikanische Justizministerium hatte am Montag Waldheim als Privatmann auf die NS-Überprüfungsliste, die sogenannte «watchlist», gesetzt, und damit praktisch eine Einreiseperrre gegen ihn verhängt. Waldheim äusserte in einer ersten Stellungnahme sein «tiefes Bedauern» über diesen Schritt. Diese Entscheidung wende sich «gegen die Rechtsgrundsätze der zivilisierten Welt, wonach jemand nicht für schuldig befunden werden kann, solange man dafür keine Beweise hat». Er werde jedoch Haltung bewahren und sich nicht aus der Ruhe bringen lassen, denn er habe trotz aller Anschuldigungen ein gutes Gewissen, sagte er bei einem Abendessen.

Die österreichische Regierung befasste sich am Dienstag vormittag drei Stunden lang mit dem amerikanischen Vorgehen. Anschliessend verlas Bundeskanzler Franz Vranitzky vor einer grossen Zahl in- und ausländischer Journalisten eine Erklärung. Das US-Vorgehen sei für die österreichische Bevölkerung, hiess es dort, «unverständlich», hiess es dort. Der Kanzler forderte die USA zur Offenlegung ihrer Entscheidungsunterlagen auf. Der österreichische Botschafter in Washington sei zur Berichterstattung zu-

rückgerufen worden. Die Regierung erklärte sich nachdrücklich solidarisch mit Waldheim und werde «nach ruhiger und sachlicher» Diskussion alle notwendigen Schritte unternehmen.

Tischrede zum Jahrestag der Republikgründung

Wien (AP) Der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim hat am Montag abend «tiefes Bedauern» über die Entscheidung des amerikanischen Justizministeriums geäussert, ihn auf eine Überprüfungsliste für Einreisende in die Vereinigten Staaten zu setzen. In einer Tischrede zum 42. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich sagte Waldheim nach Angaben der österreichischen Nachrichtenagentur APA, diese

Massnahme widerspreche den Rechtsprinzipien der zivilisierten Welt.

Waldheim wurde im Zusammenhang mit Vorwürfen von Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg auf die sogenannte «Watch-List» gesetzt. Damit besteht gegen ihn als Privatperson praktisch ein Einreiseverbot für die USA. Der österreichische Aussenminister Alois Mock rief nach einem halbstündigen Gespräch mit Waldheim und Kanzler Franz Vranitzky den österreichischen Botschafter in Washington zur Berichterstattung nach Wien zurück.

Vranitzky bezeichnete das Geschehen als «sehr, sehr ernste und bestürzende Angelegenheit». Die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern seien «in Frage gestellt», sagte Mock.

Tschernobyl kostete schon 5,2 Mrd Franken

6000 Menschen mit Dekontaminierung beschäftigt

Bonn (AP) Die Massnahmen zur Beseitigung der Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor einem Jahr haben den sowjetischen Staat bisher schon rund zwei Milliarden Rubel oder umgerechnet etwa 5,2 Milliarden Schweizerfranken gekostet. Diese Zahl nannte der Wissenschafts- und Technikattaché der sowjetischen Botschaft in Bonn, Wladimir Smirnow, am Dienstag vor Journalisten in Bonn. Nicht enthalten in der Summe sind laut Smirnow die Kosten des neubauten Reaktors, der geplanten Stadt Slawutitsch und der langfristigen medizinischen Behandlung der Strahlenopfer.

Mit der Dekontaminierung der 30-Kilometer-Zone um Tschernobyl sind laut Smirnow 6000 Menschen beteiligt. Zwei

Siedlungen in dem Gebiet seien bereits wieder bewohnt, 22 weitere würden für die Rückkehr der Bewohner vorbereitet. Für die evakuierte Bevölkerung seien 13000 neue Bauernhöfe gebaut sowie 8000 Wohnungen in Kiew und Tschernigow zur Verfügung gestellt worden.

Um zu verhindern, dass radioaktive Stoffe mit Regen- und Schneewasser in Flüsse und Seen gelangen, wurden nach Angaben Smirnows entlang den Ufern der kleinen Flüsse Schutzwälle errichtet sowie 137 Filterdämme gebaut. Am Stausee von Kiew und am Fluss Pripjat seien Unterwasser-Fangdämme errichtet worden, an denen sich der Schlamm ablagere. In der Umgebung des Reaktors würden über ein mit Pumpen ausgerüstetes Bohrlochsystem ständige Grundwasserproben entnommen.

KOMMENTAR

Fast zur gleichen Zeit, als sich die Referenten für die Präsentation ihrer Forderungen zum Thema Umweltschutz für den FBP-Landesausschuss rüsteten, wurde in London der Studienbericht einer UNO-Kommission mit dem Titel «Unsere gemeinsame Zukunft» vorgestellt. Was sich der FBP-Landesausschuss für unser kleines Gebiet an Forderungen zur Erhaltung unserer Umwelt und Natur zurechnen, haben die Autoren der UNO-Studie für die ganze Welt bekanntgegeben. Vieles ist gemeinsam, nicht zuletzt die Besorgnis über den Fortbestand der allerorten ge-

Beschwörende Stimmen

fährdeten Natur. Gemeinsam ist auch, dass im kleinen wie im grossen die Forderung gestellt wird, dass nicht allein Deklamationen einen Fortschritt bringen, sondern nur konkrete Massnahmen, die umgehend in die Tat umgesetzt werden.

Hier wie dort blieben denn auch Überaschungen aus, denn die wesentlichen Aspekte der Umweltproblematik sind weltweit wie im kleinen Bereich erkannt, artikuliert und zur Weiterbearbeitung bereit. Doch im grossen wie im kleinen fehlt es derzeit noch oft an den entscheidenden Impulsen und oft auch am Willen, die notwendigen oder als notwendig erachteten Massnahmen zu setzen und durchzusetzen.

Nun besteht aber die Hoffnung, dass erneut ein Anlauf unternommen wird, um der Bedrohung der Umwelt die erforderlichen und geeigneten Mittel entgegenzustellen, damit das «Raumschiff Erde» weiterhin bestehen kann. Die Stimmen sind hierzulande wie im UNO-Bericht teilweise beschwörend, aber nur allzu gerne wurden diese Stimmen in der Vergangenheit überhört. An einem Umdenken aber wird man nicht herumkommen, das zeigt sich hier und dort. (G. M.)

Eine Million Dollar «Lösegeld»

Charlotte/USA (AP) Eine Million Dollar hat eine Gruppe republikanischer Kongressabgeordneter für jeden aus Kriegsgefangenschaft in Südostasien befreiten US-Soldaten geboten. Das Geld soll jedem gezahlt werden, der für die Freilassung eines US-Bürgers sorgt, der seit den Tagen des Vietnam-Krieges in Vietnam, Laos oder Kambodscha gefangen gehalten wird. Auf einer Pressekonferenz in Charlotte im US-Staat North Carolina sagten die Abgeordneten, sie hoffen, dass ihre Initiative eine neue Möglichkeit eröffnen werde, die ehemaligen Soldaten freizubekommen, von denen sich viele schon seit 15 Jahren in Kriegsgefangenschaft befinden. Auf der Pressekonferenz waren auch Familienangehörige von mutmasslich in Südostasien gefangenen Soldaten anwesend.

Heute mit Sonderteil:

30 Jahre Krankenkassenverband

Am 29. April 1957 ist in Vaduz der Landesverband der in Liechtenstein tätigen Krankenkassen gegründet worden. Obwohl man sich im Verband durchaus bewusst ist, dass dieses 30jährige Bestandsjubiläum nicht zu einem besonders grossen Jubiläumsanlass verpflichtet, möchte der LKV dennoch diese willkommene Gelegenheit nutzen, um auf das in sozialer Hinsicht so bedeutsame Wirken dieser Institution hinzuweisen und einen kurzen Rückblick auf den mühevollen Werdegang der Krankenversicherung in unserem Land zu geben. Lesen Sie dazu den Sonderteil in der heutigen Ausgabe auf den Seiten 5 bis 12.

Aera Brandt zu Ende

Der scheidende SPD-Vorsitzende Willy Brandt will die von ihm eingeleitete Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms der Partei nach seinem Rücktritt im Juni nicht weiterführen. Brandt erklärte am Dienstag vor dem SPD-Parteirat in Bonn seinen endgültigen Verzicht auch auf den Vorsitz der Programmkommission.

Die Entscheidung über einen Nachfolger in dieser Funktion sollte mit dem designierten neuen SPD-Chef Hans-Jochen Vogel abgestimmt werden. Es gilt als möglich, dass Vogel selbst die Leitung der Programmkommission übernimmt. Das neue Programm soll 1988 verabschiedet werden und das Godesberger Programm aus dem Jahr 1959 ersetzen.